

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt

### Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

## Die Schreckensherrschaft in Italien. Zwangswohnsitz und Terrorgreuel.

Aus Mailand wird uns berichtet: Das Innenministerium läßt jetzt massenhaft Antifaschisten verhaften, um sie in Zwangswohnsitz zu verschicken und dort unter Polizeiaufsicht zu halten. Als Orte dieser Verbannung sind die Epirischen Inseln Tremiti, Ustica und Pantelleria bestimmt, frühere Deportationsorte für Schwerverbrecher, wonach man sich ihre „Annehmlichkeiten“ schon vorstellen kann! In Mailand ist ein Teil der Verhafteten nach 8, 10 oder 15 Tagen Kerkerhaft freigelassen worden. Unter den zuletzt Freigelassenen ist der Genosse Florio, Organisator der italienischen Metallarbeiter. Genosse Rechtsanwalt Clerici, dem es gelungen ist, der Verhaftung zu entgehen, muß erleben, daß die Polizei seine

**Frau mit einem Säugling von sechs Monaten ins Gefängnis** gesteckt hat, um sie zu zwingen, den Aufenthalt ihres Mannes anzugeben. Die Mailänder Polizei hat eine Anzahl Verhafteter, um von ihnen Aufklärungen zu erpressen, der Faschistenschule „Scelso“ überwiesen. Dort werden den Unglücklichen die Hände in Kopierpressen gequetscht, bis sie Geständnisse machen; einigen von ihnen sind dabei die Hände gebrochen worden.

Ein amtlicher Bericht hat die in einer Universität vorgekommenen Zwischenfälle zugegeben, ohne nähere Einzelheiten zu nennen. Es handelt sich um die Universität Neapel, wo die schwersten Ausschreitungen gegen Professoren vorgekommen sind, die man für Freimaurer oder Antifaschisten hielt. Die Gelehrten wurden von den Faschisten geohrfeigt und mit Fußstapfen die Treppen hinabgeschleudert. Ähnliches ist in anderen Universitäten geschehen. Eine Handvoll faschistischer Studenten nimmt besonders die Professoren aufs Korn, die die beiden Manifeste für den Philosophen Professor Benedetto Croce und den Historiker Professor Salvemini unterzeichnet haben; damit rächen sich jetzt die bei den Examen durchgefallenen Studenten! Allerdings haben 150 Professoren das Manifest für Croce unterschrieben, man wird

schwerlich sie alle aufs Pfaster werfen können. An der Handelshochschule Bocconi in Mailand haben die faschistischen Studenten bereits den Anfang gemacht mit Professor Uilido Cabiati, einem Volkswirtschaftler von internationalem Ruf, der während eines Examins von den Prüflingen mit beleidigenden Zurufen überschüttet und aufgefordert wurde, die Universität für immer zu verlassen. Am Abend in das Hotel Ramin zurückgekehrt, wo er ständig wohnt, erhielt er einen geheimnisvollen, wahrscheinlich faschistischen telefonischen Anruf, mit dem

**Rat, sich sofort zu entfernen, wenn ihm sein Leben lieb sei.**

Tatsächlich erschien kurze Zeit darauf eine Gruppe durchgefallener Studenten im Hotel, bei denen sich große Niedergeschlagenheit über die Flucht ihres Lehrers einstellte. Der Rektor, Prof. Graffa, hat als Zeichen des Protestes sein Amt niedergelegt. Die Studenten haben die Ausschließung von 7 Professoren beschloffen, darunter des Nationalökonom Einaudi, früheren Mitarbeiters des „Corriere della Sera“. Der ausgezeichnete Romanist Professor Bacchioni ist, angewidert von allen diesen Vorkommnissen, zurückgetreten. So sind an der hervorragendsten Handelshochschule Italiens heute sämtliche Lehrstühle frei, so daß man gezwungen war, Ferien zu erklären. Diese „neue revolutionäre Politik“ hat in ganz Italien in den öffentlichen Verwaltungen den Beginn zahlreicher Disziplinarverfahren, von Bespitzelungen und Entlassungen sowie des Vollzugs persönlicher Rachsucht eingeleitet, besonders auch in den Verwaltungen der Eisenbahn, der Post und der Telegraphie.

### Ehrentafel der Tapferen.

Die Senatoren Bergamini, Campella, Ruffini, Stoppato und Wollenberg hielten im Senat Reden gegen den Gesetzentwurf zum Schutze des Staates und besonders gegen die Einführung der Todesstrafe.

## Ein Gutachterparlament.

Das Gesetz über den endgültigen Reichswirtschaftsrat

Von E. Aufhäuser.

Die Reichsregierung veröffentlicht heute den Entwurf eines Gesetzes über den Reichswirtschaftsrat und eines entsprechenden Ausführungsgesetzes. Damit ist ein wichtiger Schritt zur Erfüllung des Artikels 165 der Reichsverfassung getan. Der vorläufige Reichswirtschaftsrat, der durch eine Verordnung vom 4. Mai 1920 berufen worden war, hat sich in den zurückliegenden Jahren fast ununterbrochen mit den Vorarbeiten zur Schaffung des endgültigen Reichswirtschaftsrates und seines Unterbaues beschäftigt. Die Ende August 1925 vorgelegten Referentenentwürfe der Regierung haben auch inzwischen wesentliche Änderungen erfahren, die auf die Beratungen im Verfassungsausschuss des vorläufigen Reichswirtschaftsrates zurückgeführt werden können. Die so zustande gekommene neue Regierungsvorlage wird jetzt wiederum im Verfassungsausschuss des vorläufigen Reichswirtschaftsrates und einem dort eingesetzten Unterausschuss unter dem Vorsitz des Genossen Theodor Leipart mit größtmöglicher Beschleunigung verabschiedet werden, so daß Reichstag und Reichsrat in der Lage sein werden, in den ersten Monaten 1927 ihre letzten Entscheidungen über diese für die Arbeiter und Angestellten wichtigen Gesetze zu treffen.

Nach der Regierungsvorlage begutachtet der Reichswirtschaftsrat wirtschaftspolitische und sozialpolitische Gesetzentwürfe, regt auf beiden Gebieten Maßnahmen an und nimmt Erhebungen vor. Die Reichsregierung will nach ihrer eigenen Erklärung eine enge Zusammenarbeit von Reichstag, Reichswirtschaftsrat und Regierung herbeiführen. In ihrer Vorlage ist jedoch die staatsrechtliche Stellung des Reichswirtschaftsrates zu eng umgrenzt; seine Selbständigkeit und Bewegungsfreiheit entsprechen noch nicht den Bedürfnissen einer Gutachterkörperschaft, die berufen sein soll, auf das wirtschaftliche und soziale Werden in Deutschland Einfluß zu nehmen. Es fehlt insbesondere das Recht des endgültigen Reichswirtschaftsrates, seine Gutachten durch Beauftragte vor dem Reichstag und seinen Ausschüssen mündlich erläutern zu können. Es wird vielmehr in das Belieben der gesetzgebenden Körperschaften gestellt, ob sie ihrerseits von Fall zu Fall eine solche mündliche Erläuterung verlangen. Soweit die Initiative zu Gesetzesvorlagen vom Reichswirtschaftsrat ausgeht, ist in diesen Fällen die Vertretung vor dem Reichstag vorgesehen. Die Bestimmung, wonach die Reichsregierung bei der Durchführung wirtschafts- oder sozialpolitischer Maßnahmen die Unterstützung des Reichswirtschaftsrates in Anspruch nehmen kann, ist gleichfalls ungenügend. Es handelt sich hier um eine aus der Verfassung herzuleitende Aufgabe des Reichswirtschaftsrates, die nicht zur Kann-Bestimmung abgeschwächt werden darf, sondern obligatorisch sein muß.

Der vorläufige Reichswirtschaftsrat hatte sich auch in seinen Beratungen mit dem in der Verfassung vorgesehenen Unterbau, der Schaffung von Bezirkswirtschaftsräten befaßt, kam aber zu dem Ergebnis, daß endgültige Beschlüsse über den Aufbau der Bezirkswirtschaftsräte erst gefaßt werden können, wenn die Gestaltung der Unterstufe, d. h. die Regelung der öffentlich-rechtlichen Berufsvertretungen für Handel, Industrie, Landwirtschaft und Handwerk feststeht. Die Gewerkschaften haben dabei nachdrücklich die paritätische Ausgestaltung der Handels-, Industrie-, Landwirtschafts- und Handwerkstammern gefordert. Es war auch der Vorschlag gemacht worden, neben diesen bestehenden Berufskammern Arbeitnehmerkammern zu schaffen und beide durch Gemeinschaftsorgane zu verbinden. Obwohl der vorläufige Reichswirtschaftsrat diese Frage schon vor vier Jahren gutachtlich gelöst hat, geht die Reichsregierung jetzt in ihrer Vorlage darüber mit der nichtsagenden Bemerkung hinweg, daß der endgültige Reichswirtschaftsrat bei einer rechtsrechtlichen Regelung der öffentlich-rechtlichen Berufsvertretungen mitwirken solle. Die Gewerkschaftsvertreter haben bei der Beratung im Verfassungsausschuss keinen Zweifel gelassen, daß sie auf die baldige Ausgestaltung der Handelstammern usw. nicht verzichten werden; denn es ist unerträglich, daß diese Berufskammern heute noch ein ausgesprochenes Unternehmerprivileg bedeuten. Die hier bestehende Ausgestaltung der Arbeiter und Angestellten ist verfassungswidrig.

Die weiter bestehende Lücke, daß der in der Verfassung angekündigte Reichsarbeiterrat in der Regierungsvorlage noch fehlt, könnte ausgefüllt werden, indem die Arbeitnehmerabteilung des Reichswirtschaftsrates den Reichsarbeiterrat bildet.

Bei der neuen Zusammensetzung des Reichswirtschaftsrates geht die Regierung davon aus, daß eine aktionsfähige Gutachterkörperschaft bereit sein muß, sich in der Zahl ihrer Mitglieder zu beschränken. Die Erfahrungen des vorläufigen Reichswirtschaftsrates, der ursprünglich 100 Mitglieder umfassen sollte, dessen Zahl sich nach den Verhandlungen mit den Wirtschaftsverbänden auf 200, nach den Beschlüssen des Reichsrates auf 280 und nach dem Beschluß der Nationalversammlung schließlich auf 326 erhöht hatte, haben die Notwendigkeit einer ganz erheblichen Einschränkung der Mitgliederzahl bewiesen. Der endgültige Reichswirtschaftsrat soll aus 123 ständigen Mitgliedern bestehen, von denen 41 auf die Arbeitnehmerabteilung entfallen würden. Daneben wird die nichtständige Mitgliedschaft einge-

## Die drohende Mietsteigerung.

„Die Hauszinssteuer muß verewigt werden.“

Einen interessanten Verlauf nahmen die Beratungen des Wohnungsausschusses des Preußischen Landtags, der sich gestern und heute mit dem Wohnungsbauprogramm für 1927 befahte.

Der Berichterstatter Abg. Lüdemann (Soz.) bedauerte, daß in diesem Jahr mit dem Wohnungsneubau so spät begonnen wurde. Zunehmend sei bis zum 1. April 1928 die Hauszinssteuer bewilligt, es könne also bereits im Frühjahr mit dem Bau angefangen werden. Die sozialdemokratische Fraktion verlange die Erleichterung von mindestens 200000 Wohnungen.

Der Wohlfahrtsminister Hirtlifer erklärte, daß für 200000 Wohnungen etwa eine Milliarde Mark an zweiten Hypotheken erforderlich sei. Der Markt für erste Hypotheken sei so, daß die Nachfrage befriedigt werden könne. Er habe in seinem Aufruf zur Finanzierung des Wohnungsneubaus 30 Proz. Hauszinssteuer vorgeschlagen, damit aber nicht gesagt, daß diese 30 Proz. vom 1. April ab erhoben werden sollten. Am 1. Januar müßten die Mieten mindestens um 8 Proz. erhöht werden. Er schlage vor,

am 1. April eine Erhöhung um 10 Proz.

eintreten zu lassen und die Einnahmen dieser Erhöhung aus den ersten neun Monaten für Neubauzwecke zu verwenden. Das werde etwa 150 Millionen Mark ergeben. Daneben halte er auch die Aufbringung einer großen Wohnungsbauanleihe für notwendig. Der Finanzminister bezweifelte die Möglichkeit einer Anleihe. Wenn man 30 000 Wohnungen ohne Hauszinssteuer baue, dann würden für die noch verbleibenden 120 000 bis zu 600 Millionen für Hauszinssteuerhypotheken erforderlich sein. Verpände man die bereits bestehenden staatlichen Hauszinssteuerhypotheken — bei entsprechender Bürgschaft könnten die Hypothekenbanken, mit denen man bereits verhandelt habe, durch Obligationen das Geld aufbringen — dann müsse eine Garantie für die Verzinsung und Tilgung da sein. Die Hauszinssteuer müsse also verewigt werden. Auf die Hauszinssteuermittel für den allgemeinen Finanzbedarf könnten weder Staat noch Gemeinden verzichten. Die Verewigung der Hauszinssteuer müsse durch Reichsgesetz erfolgen; die Reichsregierung sei sich hierüber im Klaren.

Abg. Haese, Wiesbaden (Soz.) erklärte, ohne Hauszinssteuer könne nicht gebaut werden; der Vorschlag des Wohlfahrtsministers jedoch sei für die sozialdemokratische Fraktion nicht annehmbar. Webrigens müsse auch das Reich für den Wohnungsbau sorgen. — Staatssekretär Scheidt kündigte an, daß in der nächsten Woche eine Besprechung mit den Reichsressorts über die

Beschaffung einer großen Anleihe

auf dem inneren Markt stattfinden werde. Bei 130 000 Wohnungen brauche man 630 Millionen Mark. Da man in diesem Jahre nur 400 Millionen aus Hauszinssteuern ermitteln habe, seien 230 Millionen mehr notwendig. Um sie zu bekommen, müßten also die Mieten erhöht und Anleihen aufgenommen werden. Allein auf dem Anleiheweg seien die 230 Millionen nicht zu beschaffen; 150 davon müßten durch Steuern aufgebracht werden.

In der heutigen Sitzung stellte der Deutschnationale Kaufhold die Klagen über die Wohnungsnot als übertrieben hin. Der

Kommunist Kilian begründete einen längeren Antrag, der die gesamte Hauszinssteuer für den Wohnungsbau reserviert wissen will, ohne jedoch sich um die Deckung des Defizits, das im Staatshaushalt dann entstehen müßte, Sorge zu machen. Abg. Drügemüller (Soz.) setzte sich in besonderer Weise für die Interessen Berlins ein, das zu dem Luftmann der Hauszinssteuer viel beiträgt, ohne jedoch vom Ausgleichsfonds in hinreichender Weise bedacht zu werden. Er verlangte eine bessere Berücksichtigung der Stadt Berlin bei der Verteilung der Mittel.

## Völkerbunds-Telegramme.

Sicherung des Drahtverkehrs bei Kriegsgefahr.

Genf, 25. November. (Eigener Drahtbericht.) Bei dem griechisch-bulgarischen Grenzzwischenfall hing es seinerzeit von knapp zwei Stunden ab, daß die Anordnungen des Völkerbundesrates das griechisch-mazedonische Armeekommando noch erreichten, bevor mit einem Angriff auf die Stadt Petrit begonnen wurde. Ein solcher Angriff hätte einen Krieg zwischen beiden Ländern velleicht nicht mehr vermeiden lassen. Diese Erfahrung hat den Völkerbundsrat veranlaßt, den ständigen Verkehrsausschuss mit der Prüfung aller Möglichkeiten zu beauftragen, welche die Nachrichtenübermittlung im Dienste des Völkerbundes im Falle einer Kriegsgefahr zu sichern geeignet sind.

Von Freitag bis Montag tagte zu diesem Zwecke in Genf ein Ausschuss von sechs höheren Beamten der deutschen, österreichischen, italienischen und englischen Telegraphenverwaltung sowie des Internationalen Telegraphenamtes in Bern. Die von ihm ausgearbeiteten Vorschläge gehen dahin: 1. In Fällen von Kriegsgefahr sollen Meldungen an das Völkerbundssekretariat und von diesem an die Regierungen mit einer besonderen Bezeichnung versehen werden, die ihnen die schnellste Beförderung zusichert; 2. es soll ein Vintenzverzeichnis der raschesten Telegraphen-, Telephon- und drahtlosen Verbindungen aufgestellt werden, damit die gleiche Meldung auf verschiedenen Wegen abgehandelt werden kann, um dadurch ihre Ankunft möglichst zu sichern; 3. in besonderen Fällen sollen eigene direkte Verbindungen hergestellt werden.

## Die weltrevolutionsmüde Sowjetunion.

Tschitscherin über die harmlose Konferenz in Odessa.

Moskau, 25. November. (Telegraphen-Agentur der Sowjet-Union.) Tschitscherin, der zur Kur nach Deutschland reist, empfing vor seiner Abreise Pressevertreter, denen er über die Konferenz von Odessa erklärte: Wir haben keinerlei panslawische oder andere Bündnisse geschlossen. Es wurden überhaupt keine gegen dritte Parteien gerichteten Vereinbarungen getroffen. Die UdSSR und die Türkei sind mit friedlicher Arbeit innerhalb ihrer Grenzen beschäftigt. Weder die eine noch die andere hegt Absichten, die irgendwen bedrohen könnten. Die freundschaftlichen Beziehungen zwischen unseren Staaten und die Verständigung hinsichtlich der politischen Linien tragen einen durchaus friedlichen Charakter.

Der türkische Außenminister gab der Presse Erklärungen im ganz gleichen Sinne ab. Auch er wandte sich gegen alle phantastischen Andeutungen der Besprechung von Odessa.

führt. Die Einberufung nichtständiger Mitglieder für einzelne Sitzungen oder Verhandlungsgegenstände bezieht sich einmal auf einzelne Personen, zum anderen auf die Vertreter bestimmter Verbände. Diese Verbände müssen bei der Konstituierung in einer beim Reichswirtschaftsrat geführten Liste verzeichnet sein. Die ständigen Mitglieder werden für sechs Jahre einberufen, alle drei Jahre scheidet die Hälfte nach näheren Bestimmungen der Geschäftsordnung aus. Benennungskörper für die Arbeitnehmer sind die Spitzen der freien, christlichen und Hirsch-Dunderfischen Gewerkschaften der Arbeiter und Angeestellten.

Gegenüber dem Referentenentwurf ist zwar eine Verbesserung eingetreten, da zuerst vier Abteilungen vorgesehen waren. Aber auch jetzt noch wird die Parität zwischen der Arbeitgeber- und der Arbeitnehmerabteilung zumungunsten der letzteren beeinträchtigt, indem die Abteilung III überwiegend Unternehmervertreter in sich schließt. Die Abteilung III umfaßt freie Berufe, Städtevertreter, Genossenschafts-, Pressevertreter usw., wie auch Persönlichkeiten, die teils vom Reichsrat, teils von der Regierung ernannt werden. Unter den Benennungskörpern für die einzelnen Gruppen der Abteilung III sind zahlreiche Verbände, die als Arbeitgeberverbände angesprochen werden müssen. Es wird deshalb die Aufgabe des Verfassungsausschusses sein müssen, die Zusammensetzung der Abteilung III so zu ändern, daß ihre Neutralität möglichst gewährleistet wird.

Als Hauptausschüsse sind vorgesehen: ein wirtschaftspolitischer, ein sozialpolitischer und ein finanzpolitischer Ausschuss. Die Hauptausschüsse bestehen aus 21 ständigen Mitgliedern, wobei die Zuziehung von höchstens 9 nichtständigen Mitgliedern beschlossen werden kann. Eine besonders wichtige Rolle wird im künftigen Reichswirtschaftsrat der Ermittlungsausschuss spielen. Auch hier werden aber hinsichtlich der Zusammensetzung und der Befugnisse Änderungen der Regierungsvorlage notwendig sein. Immerhin ist es wesentlich, daß das Enqueterecht des Reichswirtschaftsrates nunmehr in der Gesetzgebung verankert wird. Von geringerer Bedeutung ist im endgültigen Reichswirtschaftsrat die Plenarversammlung, die aus den ständigen Mitgliedern besteht, jedoch nur zusammentritt, wenn der Vorstand ihre Einberufung mit Zweidrittelmehrheit beschließt, zwei Drittel der ständigen Mitglieder es beantragen oder die Reichsregierung es verlangt. Es entspricht auch der Auffassung der Gewerkschaften, daß eine sachliche Gutachtertätigkeit nur im Rahmen der Ausschüsse möglich ist.

## Aus dem Gesetzentwurf.

### Die Verteilung der Sitze im Reichswirtschaftsrat.

Der endgültige Reichswirtschaftsrat soll 123 ständige Mitglieder umfassen, und zwar verteilen sie sich folgendermaßen:

**Abteilung I. (Arbeitgeber):** Dreizehn Vertreter der Landwirtschaft, zwei vom Reichslandbau, (obgleich dieser eine rein politische Organisation ist), vier Vertreter der Bauernorganisationen.

**Abteilung II. (Arbeitnehmer):** Insgesamt 41, die von dem Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund, der ADGB, den christlichen Gewerkschaften, dem Gesamtverband Deutscher Angestellten-Gewerkschaften, dem Verband Deutscher Gewerkschaften und dem GDV zu benennen sind. Unter den Arbeitnehmervertretern müssen sich mindestens acht Vertreter der Landwirtschaft und Forstwirtschaft und ein Vertreter der Heimarbeit befinden.

**Abteilung III. (Verbraucher, freie Berufe usw.):** Acht Vertreter der Städte, drei der öffentlich-rechtlichen Versorgung-, und Kreditanstalten, drei Vertreter der Konsumgenossenschaften, darunter nur einer vom Zentralverband Deutscher Konsumvereine, sechs Vertreter der landwirtschaftlichen und gewerblichen Genossenschaften, zwei Vertreter der Tagespresse, zwei Vertreter der Be-

amenschaft und drei Vertreter der freien Berufe. Dazu kommen acht vom Reichsrat zu ernennende Persönlichkeiten aus der Wirtschaft, ein Vertreter des Auslandsdeutschtums und acht von der Reichsregierung benannte Vertreter der Wirtschaft.

Die Reichsregierung sieht den Gesetzentwurf deshalb als dringlich an, weil die Schaffung des Unterbaues für den Reichswirtschaftsrat, wie er ursprünglich vorgesehen war, noch einige Zeit in Anspruch nehmen wird. Die Handels-, Gewerbetreibenden usw. unterziehen nämlich heute der Landesgesetzgebung. Ihre Abänderung kann nur durch ein zusammenfassendes Reichsgesetz durchgeführt werden.

## Der Schrecken der Monarchisten.

### Über diese Hohenzollern!

Das Treiben der Zollernsprößlinge bereitet jetzt sogar den eingetragenen Monarchisten moralisches Lebewohl. So ist in der gut monarchistischen „Politischen Wochenschrift“ ein wahres Klagegedicht über das Betragen der Sprößlinge Wilhelms zu finden:

„Möge die altpreussische Pflanzstätte, die mit dem Namen Potsdam unloslich verknüpft ist, unser deutsches Volk immer mehr durchdringen...“ Die Enkelin ziehen es vor, lieber hübsche Worte zu schreiben, als durch ihr Leben die großen Traditionen einer Familie zu erhalten. Es ist, als ob ein Dämon die lebenden Hohenzollern triebe, die Erinnerung an die unsterblichen Verdienste ihrer Ahnen in einem in Wahrheit so monarchistischen Volke wie dem deutschen zu verdrängen.

Man wird für kavaliersmüßigen Leichtsinns jugendlicher Prinzen zu guten Zeiten des Vaterlandes Entschuldigung finden; aus dem Prinzen Heinz ist noch immer ein großer König Heinrich geworden — aber, und dies muß offen ausgesprochen werden, von den Söhnen des Kaisers ist keiner mehr in dem Alter, daß er auf leichtes Uebersehen seiner Leichtsinnsigkeiten und Leichtfertigkeiten zu rechnen hätte. Männer müssen für ihre Taten einstehen. Außerdem ist das Bond, das nicht ohne Verschulden ihres Vaters in unerhörtes Unglück und nie stillbare Trauer kam, nicht in der Stimmung und nicht in der Möglichkeit, die Handlungen von Angehörigen der ehemals regierenden Familie der Hohenzollern mit liebenswürdigem Mitleid zu quittieren... Für Männer, denen das Glück ihres Lebens verbrochen ist, kann nichts peinlicher sein, schmerzlicher und aufreizender, als zu sehen, wie der Kronprinz seine Nächte beim Sechstagekronen verbringt. Wie er sich dort wie ein junger Husarenleutnant benimmt, der er nun schon einige zwanzig Jahre nicht mehr ist... — Der Kronprinz hat erklärt, er wolle als Privatmann in Deutschland leben. Aber, wenn er so leben will, wie er es zu wünschen scheint, und wie er in der Tat lebt, dann wäre es gut, den Namen Hohenzollern vorher abzulegen...!

Aber der Sechstagefreund aus Dels ist es nicht allein, der die Kopfschmerzen der Monarchisten hervorruft, auch der Zigaretten-Oskar und der abgehalfterte „Herrenmeister“ der Johanniter, Eitel Friedrich, machen ihnen schwere Sorgen.

Wie soll man auch mit schweren Gesinnungsoffern eine so unmögliche Sache, wie die Monarchie, vertreten, wenn die Monarchensprößlinge — ohne den Schutz der Majestätsbeleidigungsparagraphen — sich selbst unmöglich machen?

## Der verwandelte Freytag.

### Die „Deutsche Zeitung“ erkennt ihn nicht wieder.

Die „Deutsche Zeitung“ traut ihren Ohren nicht. Unmöglich zu fassen, daß ihr Freytag-Loringhoven, ihr schwungvoller Leitartikler, eine so machslappige Rede gehalten haben soll, wie sie heute morgen in allen Blättern steht und von der sie selber logen muß, daß sie „alles andere als eine Fanfare“ war. Aber schließlich gibt es auch für dieses Rätsel eine Lösung:

Doch es war wohl kaum Frhr. v. Freytag-Loringhoven, sondern „der deutsche nationale Redner“. Oder viel-

leicht noch richtiger: der Redner, der nach seinem Fraktionskollegen Hoegsch zu sprechen hatte. Eine Fraktion kann sich nicht nach vierundzwanzig Stunden desavouieren, und so mag es begreiflich sein in gewissem Sinne, daß man Herrn v. Freytag (wie dies offensichtlich der Fall war) eine gebundene Marschroute gab; aber mußte es so kommen, daß der Weg in dieser Richtung festgelegt wurde? — Zweifellos nicht; und ebenso zweifellos ist es, daß sich dies nicht noch einmal wiederholen darf.

Indes die „Deutsche Zeitung“ diesen Wahn ausflößt, droht nach ihrem eigenen Bericht noch Schlimmeres. Die Deutschnationalen wollen sich nämlich bei der Abstimmung über den völkischen Frauensantrag gegen Stresemann der Stimme enthalten!

## Mahraun gegen Gehler.

### Eine neue Erklärung des Jungdeutschen Ordens.

Die Zeitung des Jungdeutschen Ordens veröffentlicht heute folgende Erklärung gegen Gehler:

„Die gestrige Erklärung des Reichswehrministers Dr. Gehler ist in vielen Punkten irreführend. Am 23. November 1926 behauptete er, die Denkschrift spräche sich über Streitigkeiten zwischen unterständlichen Verbänden aus. Gehler gibt er im wesentlichen die Richtigkeit der Angaben des Hochmeisters zu, versucht aber, den Kern der Frage zu verschleiern. Er sagt: „Wegen muß ich mich dagegen, daß Mahraun es so darstellt, als ob er mich über die Vorgänge von 1921 jezt im Jahre 1926 noch informieren muß.“ Er bezieht sich dann auf die Angelegenheit des Generals v. Watter. Hierzu ist festzustellen, daß erstens die Denkschrift die Tätigkeit des Generals v. Watter nur mit wenigen Zeilen erwähnt, lediglich, um darzutun, daß den in der Denkschrift geschilderten Plänen größte Beachtung zu schenken sei, daß zweitens nicht die Tätigkeit des Generals v. Watter im Jahre 1921, sondern im Jahre 1923 geschildert worden ist.

Die Denkschrift behandelt lediglich und ausschließlich Bestrebungen, die im Jahre 1925 und 1926 vorhanden waren, teilweise auch noch vorhanden sind, und die auf ein aktives Vorgehen gegen Frankreich im Bunde mit Sowjetrußland zielen.

Die Richtigkeit der Behauptung des Ministers, er habe die Denkschrift nicht angefordert, müssen wir bestritten.

Wir verstehen, daß nach Bekanntgabe der Denkschrift deren Erörterung dem Minister unangenehm ist. Wir verstehen aber nicht, warum er das Bekanntwerden nicht verhindert hat. An der Erörterung der Denkschrift in der Öffentlichkeit haben wir kein Interesse. Wir müssen jedoch dagegen Vorkaution einlegen, daß über den Inhalt unrichtige Angaben gemacht werden.“

### Die Denkschrift und das Innenministerium.

Wie uns von maßgebender Stelle auf das bestimmteste erklärt wird, ist die Behauptung unrichtig, der General Hasse habe feierlich im Auftrage Gehler dem preussischen Innenminister Severing den Inhalt der Mahraunschen Denkschrift zur Kenntnis gebracht. Tatsächlich ist diese Denkschrift dem preussischen Innenministerium des Innern, dem die Ueberwachung illegaler Organisationen und gesetzwidriger Organisationstätigkeit in Preußen obliegt, weder schriftlich noch mündlich in amtlicher Weise zur Kenntnis gebracht worden.

## Ein neuer Fall Potemkin.

### Wieder einmal Bayern gegen die Reichsfilmmesse.

In Berlin wird seit einiger Zeit der von der Treumann-Lorjens-Gesellschaft vertriebene russische Film „Der schwarze Sonntag“ aufgeführt, nachdem er der Filmprüfstelle vorgelegen hat. Diese hat die Aufführung ohne jede Kürzung freigegeben.

Als nun gestern in München die Aufführung dieses Films erfolgen sollte, verbot die Polizeidirektion den Film, obgleich sie dafür gar nicht zuständig ist, solange keine Befreiung der öffentlichen Sicherheit nachgewiesen werden kann.

## Herbstausstellung der Akademie.

Es ist nicht angenehm, immer daselbe sagen zu müssen. Aber die Akademieausstellungen zwingen dazu ebenso wie die Moabit- und die der Sezession. Ist es so schwer, 600 Kunstwerke zu organisieren? Ueberfülltheit zu bringen? Infall hat es mit seiner Corinthisierung bewiesen, und Sondhuber zeigt es in der Turnhalle, wie man's machen muß. Aber dieses verworrene, jeden Sinnes bare Durcheinander, das die zwölf Säle der Akademie wieder füllt, nötig zum Protest. Irgendein Prinz muß der Hängung doch zugrunde liegen. Aber es ist unmöglich, es herauszufinden, wenn das Zusammengehörige in allen Ecken zerstreut und sogar die zwei oder drei Bilder eines Malers in ebensolchen Säle placiert werden. Dekorative Rücksichten? Kirchner nimmt symmetrisch die Wände rechts und links vom Eingang ein, Liebermann die Mitte des Ehrensaales, beiderseits von ihm sieht man je einen halben Hübner und Rohlfis sich nach Vereinerung lehnen. Das sind so die Ideen der Hängekommission.

Am meisten leiden darunter die Künstler, die wirklich ihr Bestes tun, um Aneben in die Akademie zu bringen. Ganz bestimmt sind sehr viele gute und manche sehr gute Kunstwerke darunter, Skulpturen nicht minder wie Zeichnungen und Aquarelle. Aber sie werden um alle Wirkung gebracht durch den Mangel an System, mit dem sie gezeigt werden. Nimmt man die beiden Sonderkollektionen aus, den Eingangsaal mit den meisterlichen Skulpturen und Zeichnungen von Edwin Scharff — das Erlebnis dieser Schau — den etwas dunklen Saal, in dem Hans Poelzig seine farbigen Theater- und Filmentwürfe von herrlich barocker Phantasie zeigt, so bleibt fast nichts aus dem Gemengelage haften. Denn zu dem Mangel an Organisation kommt noch der Mangel einer künstlerischen Idee: es ist alles da, und es sind alle da, mit diesen, meist mit ein paar Kosthappchen, und einer tritt in dem Gedränge immer gleich allen anderen auf die Zehen. Man erzählt, was wir alles an lächtigen und originellen Kerlen auf Lager haben. Aber man hat keine rechte Freude daran.

Unter den vielen guten Landschaftsaquarellen, die, wie fast immer, dominieren, ragen hervor Ulrich Hübner, der einen hohen Grad aquarellistischer Feinheit erreicht hat, und Seewald, der von seiner Manier wegstrebt und immer stärker das erregt, was man Haltung oder Stil nennt. Von den Realisten erweist wieder Charlotte Berend durch Aufrichtigkeit und eine gute Palette heller Farben; es wäre an der Zeit, dieser Künstlerin in einer Gesamtschau Gelegenheit zur Rechenhaft über ihr Können zu geben. Drilz, Käthe Kollwig, Heinrich Schwarz sind auf ihrer Höhe; sie enttäuschen nie. Liebermann und Sizoo treten zurück.

Die alle Garbe der Ausdruckskraft hat in C. L. Kirchner ihr Haupt entfaltet; er wirkt in Aquarell und Graphit weit überzeugender als in der Gemäldeschau bei Cassirer, die ihn auf einen Tiefpunkt angelangt zeigt. Alfred Rubin ist ganz vorzüglich, Baske schwankend, Beschlein und Rohlfis sind schwach vertreten. Die großen Glasfensterkartons von Beschlein sind ausnehmend; mit eminentem Können verbindet er Vorsicht und Gefühl für die Wirkungen des Materials.

Von den Berichten zeigt Otto Dix ältere gute Zeichnungen,

G. Groß einige der großen neueren Aquarelle mit verwaschener Farbe, Uebergangsprodukte. Kritisch ist anspruchsvoll, aber nicht zulänglich, Wilhelm Schmidt zumindest mit einer außerordentlichen Blumenzeichnung gut, glänzend Lachnit vertreten: er steht schon jetzt in der ersten Reihe des Nachwuchses, ein Kömmer von hohem Rang. Zu den schönsten Blättern in der Akademie gehören die sorgfältigen Federzeichnungen Hermann Hubers und die Porträts von R. Großmann. Wie einfach groß und überzeugend wirken Großmanns Köpfe gegenüber den Kunstgewerblichkeiten von Gulbransson. Th. Th. Heine scheint ebenso auf der Höhe mit dem zugefügten Apercu seiner Aquarelle wie sein Berliner Antipode H. Pille. Der Münchener aus Sachsen besitzt die bestende Satire, der Berliner den verdröhnenden Humor; jeder auf seinem Platz.

Vortreffliche Skulpturen sollen in nicht geringer Zahl auf. Wir notieren anmutige Figuren von L. Keller, Thiele, Wend, Heim-Wentzler, Sinnenis, Grujan, Breiling und vor allem Berger aus guter Dresdener Schule. Starke Tierplastiken von Alexander Fischer, voll ungewöhnlicher Vitalität, an Chinesisches aus der Hanzeit erinnernd.

Beim Ausgang nimmt man wieder den größten Eindruck der Ausstellung mit: die geschlossene und mächtige Persönlichkeit des Bildhauers Edwin Scharff. Dr. Paul F. Schmidt.

## Von den Tanzbühnen.

Helga Normann im Blüthner-Saal. Vor drei Jahren: Leibes Debut. Vor einem Jahr: Der junge Phönix entschied dem Ritzke. Jetzt: Eine reife, etwas baumstielige Edelreife. Brillante Technik, der alles gelingt. Ehrliches, vornehmes Kunstwollen. Starke, echt tänzerische Begabung. Die letzten Spuren naturrästlicher Pantomimit ausgeht. Und doch: tiefste Wirkung bleibt noch aus. Aktion der Hände und Arme, Stöße der Schultern und des Beckens überhört. Den Kompositionen mangelt Stufung und Steigerung. Ein ununterbrochenes Fortissimo, das auf die Dauer abtumpft. Das nicht poet, weil es mehr gewollt energisch als naturwüchsig temperamentsvoll erscheint. Das ist etwas Demonstrierendes, Lehrhaftes hat. Man merkt die Absicht. Man spürt den ziellosen Kunstverstand und vermischt die naive schaffende Seele. Aber — wir wollen nicht mädeln und nörgeln. Diemeil wir nicht viele Tänzerinnen dieses künstlerischen Formats und dieser Roblesse besitzen. Der Weg geht aufwärts, darum: Heil und Sieg!

Im Neuen Theater am Zoo ein Gastspiel der Kammer-Tanzbühne Lagan. Die Tanzballade „Rarenspiegel“, Rusik von Pizat, Choreographie von Rudolf Lagan ging in Szene. Vier kurze Aufzüge. Kein Gipfelwert des großen Tanzdichters. Eine Fülle wunderbarer Einzelheiten, namentlich im dritten Akt. Glänzende tänzerische Leistungen der Ruth Löber und des Hermann Robst. Aber kein starker Gesamteindruck. Woran liegt es? Ich glaube, zunächst an der stilsüchtigen Unsicherheit, die den pantomimischen und ballettmäßigen Faktoren eine zu breite Entfaltung gestattet. Dann aber, und das scheint mir die Hauptfache, am mangelnden Sinn für die Elementarbedingungen äußerer Bühnenswirkung. Lagan weicht mit seinen Schönen heillos nicht hauszuhalten. Ein großer kostbarer Aufwand wird nutzlos

vertan. Effekte verpuffen, weil sie teils nicht bühnengerecht vorbereitet, teils nicht ausgenutzt werden. In dem, was Rot tut, im künstlerisch Lebensnotwendigen überträgt Lagan alle Mühtreiben. Selbstblöße schleudert er beiseite und macht den Weg frei zur höchsten Höhe. Dann stolpert er über ein paar winzige Unebenheiten, die er in großzügiger Achtsamkeit überhört, und bringt sich und sein Werk um den Erfolg. Jeder Schmieremagiseur könnte diesem Großen lehren. Eine Tragödie des schaffenden Genies.

John Schilowski.

Eine neue Tat der Jungen Generation. In den drei Jahren ihres Bestehens hat die Gemeinschaft für neue Theaterkultur, die „Junge Generation“, meistens Stücke aufgeführt, deren Lebensunfähigkeit sich sogleich herausstellte. Sie hat kritiklos in den vorhandenen Wust der Dramenliteratur gegriffen und damit den Beweis erbracht, daß der Vereinigung ein Kopf fehlt. Jetzt hat die Junge Generation sogar eine eigene Bühne im Theater in der Bülowstraße gegründet. Ein zweifelloses Bemühen. Wir wüßten auch so, daß die Gemeinschaft keine Daseinsberechtigung hat. Für die gestrige Eröffnungsvorstellung hatte man „Clavigo“ ausgewählt, Goethes matten Trauerspiel aus seiner Jugend, von dem sein Zeitgenosse Johann Heinrich Werd schon damals sagte: „Solch einen Quark mußt du künftig nicht mehr schreiben, das können die anderen auch.“ Unter der Regie von Karl Maria Herbst wurde die Tragödie mit rollendem Pathos im Stil vormaliger Bühnenspektakel gespielt. Franz Berich veruchte verzweifelt als Clavigo schmachend einen zweiten Koffis hinzulegen. Fünf Ritter kostete den Carlos tomisch auf. Er machte den Eindruck eines pathetischen Jockeis. Abgesehen von Per Schwenzen und Gusta Karma war die Aufführung einfach undisputabel. In den ersten beiden Akten sah der „Clavigo“ aus wie eine Pötte, und es drohte die Vorstellung im Gelächter der Zuschauer unterzugehen. Was „Clavigo“ mit Veruchsbühne und Junger Generation zu tun hat, bleibt das Rätsel der anonymen Hintermänner dieser Gemeinschaft. dgr.

Die Orska. Wir haben Frau Marie Orska lange nicht mehr gesehen. Nun tritt sie wieder in den Kammertheatern auf. Sie spielt die Dame Charlotte in der entzückenden Lustspielmüchtigkeit „Karussell“ von Berneuil. Sie hat den zählenden Liebhaber und den nur genießenden Anbeiter am Arm und an der Nase herumzuführen. Sie hat zu lägen, ja, sich aus einem ganzen Labyrinth der Lüge herauszuwinden und die Barmut vollkommen auf den Kopf zu stellen. Wir bewundern diese Komödiantin, die gar keine anderen Mittel besitzt als ihre eigene Natur, die sich kaum vermanben kann, und die trotzdem das Parkett festhält, sobald sie auf die Bühne kommt. Frau Orska hat kaum noch die Gesehe der deutschen Sprache gelernt. Richtbestimmender wird ihr harter Akzent und das Gepolter und Gepsäcker, das minuielnd nicht einmal verständlich ist, zum Kunststil. Man muß ihr dieses sehr große Kompliment machen. Dann wiederum ihr Bächen, ihr Zwitschern und einige Pieps- und Quatschgewohnheiten, die darum unnoch-anfänglich sind, weil Frau Orska sie zur höchsten Virtuosität entwickelt hat. Die Orska liefert die Damen und Herren im Parkett aus jeder Schläferigkeit auf. Sie ist ein prächtiges Wiederbelebungsmitel für Menschen, die den Appetit auf die Freude schon etwas verloren

## Die bedrohte Geistesfreiheit.

Ein Gutachten der Dichterkonferenz der Akademie.

Die Sektion für Dichtkunst der Preussischen Akademie der Künste fühlte sich verpflichtet, zu dem „Entwurf eines Gesetzes zur Bewahrung der Jugend vor Schund- und Schmutzschriften“ folgendes Gutachten abzugeben:

Die Sektion für Dichtkunst würde nichts freundlicher begrüßen, als die Ausstülpung alles Schundes und Schmutzes im Schrifttum, sie kann aber in dem vorliegenden Gesetzentwurf unmöglich ein geeignetes Instrument zur Erreichung dieses Zieles erblicken.

So scheint der Sektion schon die zweckdienliche Zusammenfassung der vorgesehenen Prüfstellen mit zu großen Schwierigkeiten verbunden, als daß es möglich wäre, zum Urteil berufene und befähigte Instanzen zu schaffen. Außerdem würde das vorgesehene Abstimmungsverhältnis die dringende Gefahr in sich schließen, daß die Vertreter der literarisch-künstlerischen Interessen jedesmal überstimmt werden könnten; ferner ist in der großen Anzahl der Länderprüfstellen — für deren einheitliche Auffassung und Beurteilung nicht die geringste Gewähr besteht, trotzdem ihr Urteil für das ganze Reich gleich bindend sein soll! — eine Quelle dauernder Unzuverlässigkeiten zu erblicken. Eine für das Volkwohl ersprießliche Wirksamkeit dieser Anzahl von Prüfstellen verschiedener und dauernd wechselnder Struktur scheint völlig ausgeschlossen. Nur nebenher sei erwähnt, daß der Entwurf des Gesetzes auch nicht den leisesten Versuch macht, den Begriff „Schund und Schmutz“ zu umreißen, so daß das deutsche Schrifttum der willkürlichen Auslegung jeder einzelnen Prüfstelle ausgeliefert ist.

Die Sektion kann also in dem Gesetzentwurf kein wirksames Instrument zur Bekämpfung des Schundes und Schmutzes im Schrifttum erkennen, sie muß aber um so nachdrücklicher ihre Stimme erheben, weil der Entwurf ihres Erachtens geradezu unübersehbare Gefahrenmomente für die Geistesfreiheit in der deutschen Republik in sich birgt. Trotz der Versicherung, daß Schriften „wegen ihrer politischen, sozialen, ethischen oder weltanschaulichen Tendenzen als solche nicht auf die Liste gesetzt werden“, muß befürchtet werden, daß diese gar nicht oder nur vage gezeichnete Grenzlinie häufig überschritten wird und infolgedessen wertvolle Kulturwerke auf den Index kommen. Die in dem Gesetzentwurf vorgesehene Möglichkeit einer Berufung an die Reichsoberprüfstelle kann, auch wenn sie zum Erlöse führt, nach den vorgesehenen Bestimmungen den ungeheuren Schaden nicht wieder gut machen, der inzwischen dem Autor moralisch und wirtschaftlich zugefügt worden ist.

Das Gesetz ist ebendenn auch überflüssig, denn die bestehende Gesetzgebung reicht bei richtiger Anwendung vollkommen aus, um den wirklichen Schund und Schmutz zu treffen.

Die Sektion für Dichtkunst weist zum Schluß darauf hin, daß im Falle der Annahme des Gesetzes beträchtliche Summen für unproduktive Zwecke aufgewendet und dadurch förderlicher Kulturarbeit entzogen werden. Die Sektion empfiehlt, mit diesen Summen gute Volksbücher und Volksbüchereien zu schaffen zu helfen und so Schund und Schmutz durch schöpferische Leistungen zu verdrängen.

## Beleidigung Hindenburgs.

Sieben Monate Gefängnis!

Vor dem Schöffengericht hatte sich der Redakteur Stahl der „Sozialistischen Republik“, des Kölner kommunistischen Organs, wegen Beleidigung des Reichspräsidenten zu verantworten. Die Beleidigung erblickte das Gericht in dem Abdruck des Gedichtes „Achtung, Hundel“. Nach längerer Beratung verurteilte das Gericht den Angeklagten zu der hohen Gefängnisstrafe von sieben Monaten. Die „Kote Johne“ in Berlin hat bekanntlich neun Monate für das gleiche Gedicht erhalten.

Zum Tode Krassins. Die Todesurteile war Anämie (Blutarmut), an der er seit längerer Zeit litt. Mehrere Blutübertragungen waren ohne dauernden Erfolg vorgenommen worden.

haben. Sie wirkt so gut wie jene Aufbaufolge, die sich heute zwei Drittel aller Deutschen allmorgendlich einlösen. Sie wirkt also sehr körperlich, um nicht zu sagen animalisch, und trotzdem verweist man bald, daß der von ihr ausgehende Reiz nur die Sinne freisetzt. Man meint schließlich doch, daß hier eine große geistige und schauspielerische Intelligenz am Werke ist. Uebrigens wirkt jede starke Kunst mit solchen Mitteln.

**Kindernachmittag im Theater am Schiffbauerdamm.** Auch die Volksbühne bringt alljährlich zur Winterszeit den Kindern ihre Bühnenaufführung. Diesmal heißt sie „Humli-Bumli“, ein Zaubermärchen mit Gesang und Tanz in sechs Bildern. Lilla Bunzl und Erhard Siedel haben mit Ausschmückungen und Zusätzen das alte Märchen von Rumpelstilzchen bühnengerecht umgearbeitet. Sehr hübsch gelungen wirkt gleich das erste Bild, das von der Wahrheit zum Märchen überleitet. Vor der ersten Bühne werden die Gestalten des Märchenbuchs lebendig, das dem Mäulerbüchsen Peter das ferne Wunderland verheißt. Der trottelhafte Märchenkönig Fridolin und sein ganzer Hofstaat, darunter der böse Zauberer Humli-Bumli als Minister, ziehen unter dem Jubel der kleinen Zuschauer auf, um ihnen dann ihre Geschichte vorzuspielen, die recht lustig, aber auch ein wenig verworren und ein wenig gruselig ist, wie sich für ein richtiges Märchen gehört. Nur im Zaubermärchen dürfte es etwas weniger gespenstisch zugehen; die Allerleinsten triegten es mit der Angst, als sich zu dem schwarzen Zauberer und der bösen Spinne-Hexe auch noch ein Chor von Totengebeinen im Hintergrunde einfand. Man täte also gut, künftig auf diese schauerliche Schar zu verzichten. Rühlich wäre es auch, wenn man die Kunst vor den einzelnen Bildern etwas kürzen würde, da hier trotz aller geräuschvollen Erziehungsversuche Erwachsener die Geduld der Kleinen nicht immer standhalten kann. Damit wäre auch eine wünschenswerte Kürzung des Stückes erreicht, das von drei bis sechs Uhr zu lange dauerte. Für die sehr nette Aufführung zeichnete Viktor Schwannede verantwortlich, der auch den wampigen, schlampigen, lustigen König Fridolin darstellte. Auch sonst wirkten gute Kräfte mit: Armin Schweitzer, Gustav Roos, Grete Bäck, um nur einige zu nennen. Mit den Rollen der beiden Mäulerbüchsen fanden sich Erika Helme und Karl Bahaus, zwei sehr jugendliche Darsteller, recht zufriedenstellend ab. Die meiste Freude aber bereitete den Kindern der Zauberer Hotus-Potus, Arthur Wright. Les.

**Die Künstlerwerkstätte** veranstaltet vom 16.—23. Dezember im Berliner Rathaus eine „Kunstausstellung“. Zur Ausstellung gelangen Kunstwerke bis zu einem Wertansatz von 500 M für jedes Werk. Weitere Bedingungen zu erfahren in der Künstlerwerkstätte, Schöneberg, Neues Rathaus, Zimmer 327.

**Stimmen der Vögel in Liedern.** Unter diesem Titel findet am 27. abends 8 Uhr, im Herrenhaus ein Paul- und Lichtbild-Vortrag von Wilhelm Doegen vom Festen der Sonntagskonzerte für die Strohsefängerinnen statt. Eintritt 3 M.

**Sturm-Ausstellung.** Die ersten künstlerischen Beziehungen nach dem Kriege mit Japan werden durch die Dezember-Ausstellung des Sturms „Ausländische Kunst, Slawenischer Klub der Jungen“ aufgenommen. Die Eröffnung findet am 30. November, nachmittags 5 Uhr, in Anwesenheit des japanischen Gesandten statt.

# Battenmord aus Eifersucht.

Die Ehefrau in der Wohnung des Nebenbuhlers erschossen.

Große Aufregung verursachte heute in den frühen Morgenstunden ein Schwerkverbrechen in der Mulastraße, in der Nähe des alten Scheunenviertels im Zentrum der Stadt. Hier wohnt in dem Hause Nr. 35 im dritten Stock für sich allein ein Händler Otto Berndt, ein den Behörden nicht unbekannter Mann, der mit Goldwaren, Brillanten und allem möglichen Geschäfte macht und in der Kriegszeit auch mit Brotkarten handelte. Er besitzt ein geräumiges Vorderzimmer, das er gut und nett eingerichtet hat. Hier pflegte er nicht selten Liebhaberinnen zu empfangen. Zu seinen Freundinnen gehörte auch die 28 Jahre alte Ehefrau Frieda Borchert, geb. Kennemann, deren Mann ihm ebenfalls gut bekannt ist. Als Berndt gestern abend wieder Frau Borchert bei sich empfing, drang der Ehemann der Borchert in die Wohnung ein und erschoss nach einem kurzem Wortwechsel mit Berndt, seine Frau, während sich Berndt noch rechtzeitig in Sicherheit bringen konnte.

Gestern abend war Frau Borchert von einem Gästewirt in der Kartstraße zu einer Geburtstagsfeier eingeladen. Nach einer Feherei rief sie von dort aus Berndt, von dem sie wußte, daß er sich in einem Verein aufhielt, durch den Fernsprecher an und bat ihn, sie abzuholen. Berndt tat das auch, brachte sie aber nicht nach der Akerstraße, sondern nahm sie in seine Wohnung in der Mulastraße mit. Hier kam das Paar gegen 3 Uhr früh an. Borchert, der seine Frau zu Hause vergeblich erwartet hatte, erfuhr nun, daß sie mit Berndt nach der Mulastraße gegangen war und machte sich auf, um sie heimzuholen. Als es gegen 4 1/2 Uhr an Berndts Wohnung klopfte, wußten dieser und seine Begleiterin gleich, wer draußen war. Frau Borchert, die nur mit dem Hemd und einem gebühten Kimono bekleidet war, kroch eiligst unter das Bett. Ihre anderen Sachen stopfte Berndt in seinen Schrank. Dann öffnete er und tat, als ob er von der Frau nichts wisse. Borchert ließ sich aber nicht täuschen. Er begann das Zimmer zu durchsuchen, und als er

in dem Schrank die Kleider seiner Frau

entdeckte, stürzte er sich auf Berndt, verprügelte ihn, zog seinen Revolver und drohte, alle zu erschließen. Berndt sah bald, daß er seinem großen, kräftigen Gegner nicht gewachsen war, zog sich rasch einen Mantel über das Hemd, eilte hinaus und wartete auf dem Hofe das weitere ab. Borchert suchte nun weiter, fand seine Frau unter dem Bett, zog sie hervor, warf sie über das Bett und gab drei Schüsse auf sie ab. Die Nachbarinnen trauten sich nicht einzugreifen, weil sie wußten, daß der gewalttätige Borchert den Mord verursacht. Er verließ, nachdem er die Schüsse abgefeuert hatte, laut schreiend die Wohnung und verschwand.

„Ich habe sie erschossen, ich habe meine Fiedel erschossen!“

schrte er auf. Die Nachbarn glaubten, daß er nicht nur seine Frau,

sondern auch Berndt getötet habe. Erst jetzt traute man sich hervor und benachrichtigte das 7. Revier. Dieses gab die Meldung an die Nordkommission weiter, und alsbald erschienen der Chef der Kriminalpolizei, Regierungsdirektor Dr. Weich, der Leiter der Nordinspektion Kriminalrat Gennat und die Kommissare der Nordkommission Werneburg und Erdmann mit dem Gerichtsarzt Professor Strauch und ihren Beamten. Berndt hatte sich nach der Mordtat seines Begleiters ebenfalls in seine Wohnung hinaufbegeben und sich angezogen.

In dem sonst so ordentlichen Zimmer sah es jetzt wüst aus. In dem Kampf zwischen Berndt und Borchert waren Tische und Stühle umgefallen, Geschirre zertrümmert und in Scherben umhergeworfen.

Frau Borchert lag tot auf dem Bett.

Wie Professor Dr. Strauch mitteilte, hatte alle drei Nachbarn sie tödlich getroffen. Eine Kugel war eine Handbreit hinter dem linken Ohr in den Kopf eingedrungen, eine zweite hatte den Kopf unter dem Ohr getroffen und durchbohrt, die dritte war auf der anderen Seite eingedrungen. Nach Aufnahme und photographischer Festlegung des Befundes wurde die Leiche nach dem Schauhaufe gebracht. Berndt und andere Zeugen wurden alsbald im Polizeipräsidium vernommen. Borchert ist flüchtig und noch nicht ermittelt.

## Die Bitte um Feuer.

Ueberfallen und auf das Eisenbahngleis geworfen.

Ein Ueberfall von ungewöhnlicher Roheit wurde in der vergangenen Nacht um 3 1/2 Uhr auf der Dunkelbrücke im Nordosten der Stadt verübt. Als der 31 Jahre alte Arbeiter Harry K. aus der Kopenhagener Straße vom Nachtdienst nach Hause ging, traten auf der Dunkelbrücke drei junge Burschen an ihn heran und baten ihn um Feuer. K. war vorsichtig und mißtrauisch, die Gestalten erschienen ihm verdächtig. Er entsprach ihrer verhänglichen Bitte nicht und wollte rasch weitergehen. Da fielen alle drei über ihn her. Wahrscheinlich hatten sie es zunächst auf einen Raub abgesehen gehabt. Jetzt aber packten sie K., hoben ihn hoch und warfen ihn über das Geländer der Brücke auf die Gleise der Ringbahn hinab, wo er hilflos und schwer verletzt liegen blieb. Zum Glück fanden ihn Streckenarbeiter auf, bevor noch ein Zug kam, und brachten ihn nach dem Krankenhaus am Friedrichshain. Der Ueberfallene liegt so schwer darnieder, daß er nur ganz kurz perhört werden konnte. Die Begehrer sind ihm ganz unbekannt, beschreiben kann er sie nicht. Mitteilungen zur Aufklärung nimmt das Raubdezernat im Zimmer 80 des Polizeipräsidiums entgegen.

## Akademiker und Republik.

Eine Rundgebung der freiheitlichen Professoren.

Das Deutsche Friedenskartell hatte in das ehemalige Herrenhaus eine stark besuchte Rundgebung einberufen, in der zu dem Thema „Die Kulturaufgaben des deutschen Akademikers“ Stellung genommen wurde. Die Quintessenz der Veranstaltung war eine entschiedene Abjage an das Studententum nationalsozialistischer Couleur und ein starkes Bekenntnis für eine soziale, politische und republikanisch eingestellte Studentendemos. Die erste Rednerin, Gräfin zu Dohna, schilderte ihre Eindrücke antischlich der Genfer Völkerversammlung und veranschaulichte, daß sie der letzten Ueberzeugung sei, die Welt stände am Grabe der deutsch-französischen Feindschaft. Professor Hobohm entgegnete auf die verlorene nationalsozialistische Phrase, den Pazifisten fehle es an patriotischer Gesinnung. Kann man vergessen, daß hunderttausende Sozialdemokraten im Kriege fielen? Der Kampf aber um die Seele der akademischen Jugend muß das interessierte Bürgerum in der Hauptstadt allein aussetzen. Denn es muß leider festgestellt werden, daß im vorigen Semester von 31000 Studenten nur 425 aus Arbeiterfamilien kamen. Graf Arco beleuchtete die pazifistische Idee vom Standpunkt der Technik und führte des näheren aus, wie sehr die ins Kaffinierte gesteigerte Entwicklung der Wissenschaft zur Konsolidierung der Friedensidee beitrage. Professor Duijbe führte aus, daß die Jugend, insbesondere die akademische Jugend, die Avantgarde der Friedensidee sein müsse. Immerhin sollten wir versuchen, die Pflicht der in Opposition zum neuen Staat stehenden Majorität der akademischen Jugend zu verstehen. Wir sind jetzt in den Völkerverbund aufgenommen. Köln ist geräumt, die Frühäumung der Rheinlande steht immerhin in Aussicht. Der Abbau des Hofes also, der auf der ganzen Linie erfolgt, ist die hellste Lichtkeule gegen die Argumente der Hegei, die die Herzen der Jugend mit Renantheiden vergiften. Als Professor Westphal davon sprach, daß man auch verstehen müsse, mit Kindern für Helden des Totkrieger zu schwärmen, und als geeignetes pazifistisches Lehrmittel für Leonidas von den Termoplen plädierte, regte sich heftiger Widerspruch eines Teiles der Versammlung. Professor Weitz Valentin ging auf die Entwicklung des Akademikertums und seiner Einstellung zum Staat ein. Er erinnerte daran, welchen Verfallungen freiheitliche Professoren früher ausgesetzt waren. Der letzte Redner, Genosse Dostreich, betonte, daß er der Entwicklung des akademischen Nachwuchses mit größtem Pessimismus gegenüberstände. Die Realisierung des Kommersbuches vor früher die eigene Lebensaufgabe der Saufstudenten. Sie ist es leider zum großen Teil auch heute noch. Lassen wir den Beuten die Liebe zur Vergangenheit, aber erziehen wir sie vor allen Dingen zu einer weit innigeren Liebe zur Zukunft. Prof. Dostreich schloß unter starkem Beifall mit der Aufforderung, nicht nur mit schönen Worten, sondern durch die Tat für die Heranbildung einer Ideenbewegten Jugend Sorge zu tragen.

## Weitere Erfolge der Reichsbannerwerbeweche.

Eine gut besuchte Werbeversammlung des Reichsbanners fand am Mittwoch in Friedrichshagen statt. Boran ging ein Umzug durch die Straßen Friedrichshagens. Die Ansprache hielt Kamerad Kape von der Demokratischen Partei. Er führte aus: Wir werben für das Reichsbanner, um die Säuglinge aufzurichten und alle Republikaner und Friedensfreunde zusammenzufassen. Die Farben Schwarzweißrot sind durch die Kathenau- und Fememörder beschmutzt und werden nie wieder die deutschen Farben werden. In der Versammlung wurden 35 Neuaufnahmen abgenommen. — Der Kreisverein Wilmersdorf veranstaltete gestern abend eine Rundgebung in den Johann-Georg-Sälen, in der Kamerad Polzeoberst a. D. G. Krüger zu den Versammelten sprach. Die Versammlung war gut besucht, vor allem waren die Anhänger der republikanischen Parteien sehr zahlreich erschienen. Kamerad Biermann sprach über die Arbeiten des Reichsbanners und forderte die Versammelten auf, diese Front der republikanischen Schutztruppe durch ihren Beitritt nach zu stärken. Es wurde eine stattliche Anzahl neuer Mitglieder in der Versammlung gewonnen.

**Doppelselbstmord eines Ehepaars.** In ihrer Wohnung in der Buchholzer Straße 6 wurden der 53jährige Produktenhändler Wilhelm Hoffmann und dessen 43jährige Ehefrau Anna in ihrem mit Gas angefüllten Schlafzimmer leblos aufgefunden. Ein hingu-

gerufener Arzt konnte nur noch den bereits vor mehreren Stunden eingetretenen Tod feststellen. Aus hinterlassenen Briefen geht unzweifelhaft hervor, daß die Eheleute gemeinsam in den Tod gegangen sind. Der Grund zu dem Verzweiflungsschritt ist aber unbekannt.

Ein Baldur-Winterfest veranstaltet die Grüne Heimat (G.H.) Gesellschaft für Erholungs- und Heimstätten, am Sonntag, dem 28. November, im Banteltal mit anschließendem Blauen Saal des Lehrerdereinshauses (Alexanderplatz). Anfang Punkt 6 Uhr.

## Der wandernde Berg.

Ein Dorf unter Stein- und Schlamm-Massen begraben.

Bereits in der Morgennummer hatten wir mitgeteilt, daß nach einer Meldung aus Nizza das Dorf Rocquebillere, das 15 Kilometer von Nizza entfernt liegt, infolge eines Erdwüchses, der durch wolkenbruchartigen Regen der letzten Tage verursacht wurde, verschüttet worden ist. Die letzten Nachrichten lassen leider keinen Zweifel darüber, daß es sich um eine außerordentlich schwere Katastrophe handelt, denn es sind bis jetzt bereits 25 Tote zu verzeichnen. Das Unglück entstand dadurch, daß zunächst infolge der heftigen Regenfälle der letzten Tage sich ein großer Riß von einem Kilometer Länge oberhalb des Dorfes in der Erde zeigte, wodurch eine Geröllhalde zum Rutschen gebracht wurde. Eine riesige Stein- und Schlammmasse drang in das Dorf ein und jermalmte die Gebäude wie Kartenhäuser. Mehrere wurden sogar in den benachbarten Fluß gedrängt. Die Rettungsarbeiten gestalteten sich außerordentlich schwierig, da bei Grabversuchen sofort Wasser und Schlamm zum Vorschein kommen. Das benachbarte Dorf Belvedere wurde ebenfalls geräumt. Im Dorfe Sijj haben mehrere Häuser Risse erhalten. Von der Garnison Nizza sind Hilfstruppen abgeandt worden. Die Departementsbehörden haben sich ebenfalls an die Unglücksstelle begeben.

## Der Prozeß gegen die Teltower Posträuber.

Leipzig, 25. November. (Ill.) Vor dem vierten Strafsenat des Reichsgerichts haben sich heute Paul Görlig aus Braunschweig, der mit 12 Jahren Zuchthaus vorbestrafter Klempner Paul Eick aus Spandau und der Schmid Paul Franke aus Braunschweig, der insgesamt 14 Vorstrafen hat, wegen Vorbereitung zum Hochverrat und Raub zu verantworten. Die Angeklagten haben am 15. Februar 1923 das Postamt in Teltow ausgeraubt. Den anwesenden Beamten hatten sie erklärt, ihnen passiere nichts, sie beschlagnahmten nur im Namen des Volkes und der Revolution. Die Verbrecher erklärten, daß sie die Tat zwecks Beschaffung der Mittel zu einem Aufstand gegen die derzeitige Gesellschaftsordnung begangen hätten.

## Ein Volkshotel in Hamburg.

Das mit Hilfe des hamburgischen Staates von den Hamburger freien Gewerkschaften am Rogesweg 10—14 in Hamburg erbaute Volkshotel, das sich Heimstätte für reisende Arbeiter, Angestellte und Beamte nennt, ist fertiggestellt und wurde am 24. November 1925 in Betrieb genommen. Es soll insbesondere zuziehenden auswärtigen Arbeitskräften die Möglichkeit einer einwandfreien Unterkunft im hamburgischen Wirtschaftsgelände geben. Der Hamburger Senat hat in Verbindung mit der hamburgischen Bürgerschaft zur Bestreitung der erforderlichen Baukosten, die zusammen über 2 Millionen Mark betragen, ein Darlehen von rund 1 500 000 M. gewährt. Das 10 Stockwerke (einschließlich Keller) hohe Gebäude enthält über 130 Zimmer mit einem und zwei Betten. Außerdem befinden sich in den oberen Geschossen für mehr als 50 jugendliche Unterkunstmöglichkeiten in Zimmern mit zwei Betten, die dem Jugendamt zur Verfügung gestellt wurden. Jedes Zimmer hat fliessendes kaltes und warmes Wasser, Zentralheizung und eingebaute Schränke. Tagesaufenthaltsräume, Schreibzimmer, Arbeitszimmer, ein Lesesaal, Einzel- und Gemeinschaftsbäder sind mit eingebaut. Für den Sommer ist auch ein Dachgarten vorgesehen.

Dem Einkommen der reisenden Arbeiter, Angestellten und Beamten entsprechend sind die Preise niedrig gehalten. Die Heimstätte bietet von 1 M. aufwärts eine gute Unterkunstmöglichkeit.

# Die „Mitropa“ will reformieren.

## Auf Kosten der Angestellten und der Gäste.

Die Mitropa-Direktion hat den Lohnstarf gekündigt, aber nicht etwa, um die unzulänglichen Löhne der Angestellten zu erhöhen, sondern um an Stelle der seit Jahren für das Speisewagenpersonal bestehenden festen Löhne nebst kleinen Umsatzprozenten in Höhe von 1/2 bis 2 Proz., das Bedienungsgeld einzuführen. Die in der Presse, besonders recht häufig in der letzten Zeit, zum Ausdruck gebrachte Unzufriedenheit der Gäste mit den Preisen und der Beschaffenheit der im Speisewagen gebotenen Speisen, Kaffee usw. hat die Direktion scheinbar veranlaßt und zum Nachdenken veranlaßt, wie sie die vielen Klagen zum Bestimmen bringen kann. Sie will, wie sie auch den Gewerkschaftsvertretern gegenüber bei einer Zusammenkunft sagte, die Preise abbauen. Dabei ist sie auf den „schlauhen Gedanken“ gekommen, den Preisabbau auf Kosten der Angestellten vorzunehmen. Um diesen Zweck zu erreichen und gleichzeitig noch ein nettes Geschäft obendrein zu machen, sollen

die festen Löhne beseitigt und dafür das Bedienungsgeld eingeführt,

das heißt die Entlohnung auf die Gäste abgewälzt werden. Die Verwirklichung dieser Absicht würde einmal eine Schädigung der Angestellten und zum anderen eine Irreführung der Gäste bedeuten. Eine Schädigung der Angestellten insofern, als man ihnen ihre festen Bezüge nehmen und ihnen dafür als „Erlauf“ eine unsichere Entlohnung in Gestalt des Bedienungsgeldes aufzotropten will; eine Irreführung der Gäste insofern, als man auf der einen Seite die Preise um vielleicht 10 Proz. abbaut, diesen Abbau auf der anderen Seite aber wieder illusorisch macht durch die Einführung eines Bedienungsgeldauschlages von 10 Proz. auf die von den Gästen konsumierten Speisen und Getränke. Der Endeffekt wäre also, die Gäste hätten von diesem „Preisabbau“ keinen Nutzen, die Angestellten aber wären die Geopferteten, und die „Mitropa“ würde die bisherigen Löhne in Höhe von schätzungsweise mindestens 2 1/2 Millionen pro Jahr in die Tasche stecken.

Die Angestellten haben bereits in einigen Orten, und zwar in Berlin, Hamburg und München, zur Tarifkündigung in stark besuchten Versammlungen Stellung genommen und nach den Berichten der Organisationsvertreter und lebhafter Aussprache

die Einführung des Bedienungsgeldes abgelehnt.

In Berlin wurde einstimmig folgende Resolution angenommen:

„Die stark besuchten Versammlungen der „Mitropa“-Angestellten am 18. und 19. November in Berlin, nehmen von der Kündigung des Lohnstarfes durch die Direktion der „Mitropa“ Kenntnis. Die Versammlungen sind übereinstimmend der Überzeugung, daß die von der Direktion der „Mitropa“ beabsichtigte Einführung des Bedienungsgeldes an Stelle der bisherigen festen Wochenslöhne mit kleinen einstufigen Umsatzprozenten, für die Angestellten nicht von Vorteil ist. Sie weisen deshalb eine andere, wie das bisherige, seit Jahren bestehende Lohnsystem mit aller Entschiedenheit zurück und

fordern, in Anbetracht der fortschreitenden Teuerung, eine Erhöhung der jetzt gültigen Löhne um 20 Proz.“

Eine weitere Maßnahme der „Mitropa“, wodurch sie die unzufriedenen Gäste zu beschwichtigen gedenkt, ist die Einführung der Fachschulkurse für Kellner und Köche. In diesen Kursen soll den Kellnern anscheinend beigebracht werden, wie man durch tadelloses Benehmen gegenüber den Gästen die mangelnde Preiswürdigkeit und Güte der Speisen usw. erlegen kann. Den Köchen soll wahrscheinlich das „Geheimnis“ beigebracht werden, wie man mit 40 Proz. besser und schmackhafter kochen kann, wie bisher. Die „Mitropa“ hat nämlich für die Köche eine ganz „besondere Kalkulationsmethode“. Die Abteilungsleiter haben mit Argusaugen darüber zu wachen, daß kein Koch mit einem höheren Prozentsatz arbeitet, wie mit 40 Proz., das heißt: für gelieferte Rohmaterialien im Werte von 40 M. muß der Koch eine Einnahme von 100 M. herauswirtschaften.

Um dem von vornherein vorzubeugen, falls die „Mitropa“ etwa einmal versuchen sollte, den Köchen in der Dessenlichkeit die Schuld dafür in die Schuhe zu schieben, wenn die Gäste mit der Beschaffenheit der Speisen nicht zufrieden sind, stellen wir fest, daß es nicht an den Köchen, sondern an der geschilderten Kalkulationsmethode der „Mitropa“ liegt, wenn die Gäste sich über die verabsorgten Speisen, Kaffee usw. beklagen. Bezeichnend ist folgender Vorgang in der Fachschule: Als ein Koch während des Kurses einmal mit 68 Proz. gekocht hatte, sagte der Lehrer, das sei gut gekocht. Der Koch erwiderte: „Wenn Sie mit einem solch hohen Prozentsatz, der den bei der „Mitropa“ üblichen Satz von 40 Prozent um 28 Proz. übersteigt, in der Praxis kochen würden, dann hätten Sie mit ihrer Entlohnung zu rechnen“ — und der Lehrer schwieg betreten.

In den Berliner Versammlungen, die sich mit dieser Angelegenheit befaßten, fand nachstehende Entschliessung einstimmig Annahme:

„Die Versammelten protestieren gegen die von der „Mitropa“-Direktion ohne Einverständnis mit den Angestellten eingeführten eigenen Fachschulkurse für Kellner und Köche, und zwar in der Hauptsache deshalb, weil von einer Freiwilligkeit des Schulbesuches keine Rede sein kann, den betreffenden Angestellten durch den Besuch der Schule ein Teil ihres Verdienstes verloren geht, der Schulbesuch nicht als Arbeitszeit angerechnet wird und der dadurch entstandene Ausfall der Arbeitszeit durch spätere Nacharbeit wieder eingebracht werden soll. Die von der „Mitropa“-Direktion beliebte Durchführung ihrer neuesten Einrichtungen bedeutet also

ihre Verletzung des bestehenden Tarifvertrages.

Das so ohne weiteres hinzunehmen, sind die Angestellten nicht gewillt. Sie beauftragen ihre gewerkschaftliche Interessengruppe, den Zentralverband der Hotel-, Restaurant- und Café-Angestellten, entsprechende Maßnahmen in die Wege zu leiten, um die „Mitropa“ zur Einhaltung des Tarifvertrages zu zwingen.“

## Die gesetzliche Arbeitszeit vogelfrei.

### Der Justizapparat verlagert hier.

Das Gewerbeaufsichtsamt Mitte hatte den Küchenmeister Huths — früher Mercedes-Palast —, seit Januar dieses Jahres bei Hiller, zur Anzeige gebracht wegen Ueberschreitung der Arbeitszeit der Lehrlinge. Huths hatte gegen einen Strafbefehl von 300 Mark Einspruch erhoben. Vor dem Schöffengericht wurde der Standortse Zustand offenbar, daß weder der Staatsanwalt, noch Polizei und Gewerbeaufsichtsamt es für notwendig befunden hatten, Beweismaterial gegen die offensichtlich Vergehen des Angeklagten beizubringen.

Als Zeugen hatte man den Vorsitzenden des Berliner Zweigvereins des Zentralverbandes der Hotel-, Restaurant- und Caféangestellten geladen, der naturgemäß positive Angaben aus eigener Anschauung nicht machen konnte. Er war nur in der Lage, auszusagen, daß auf Grund wiederholter Beschwerden sein Verband Anzeige erstattet hat. Unter diesen Umständen wurde der Angeklagte obendrein noch auf Kosten der Steuerzahler freigesprochen.

Der Justizminister hat alle Ursache, der Anregung des Reichsarbeitsministers nachzugehen, die Staatsanwaltschaften zu veranlassen, daß die Freibrüder zur Wahrung der Arbeitszeitbestimmungen endlich aufgehoben werden. Die Lehrlinge insbesondere müssen vor Willkür Schutz finden.

## Unzulässige Eifertigkeit.

### Bei der Entlassung eines Betriebsratsmitgliedes.

Die Firma Rig u. Genest hat wegen Arbeitsmangel eine Zahl Arbeiter, unter ihnen auch ein Betriebsratsmitglied, entlassen. Nachträglich hat sich dann die Firma daran erinnert, daß sie zur Entlassung eines Betriebsratsmitgliedes der Zustimmung des Betriebsrats bedarf. Nun versucht die Firma mit größter Eile das Veräumdete nachzuholen. Am Freitag, den 29. Oktober, morgens 9 Uhr, erhielt der Vorsitzende des Betriebsrats ein Schreiben, worin die Firma die Zustimmung zur Entlassung beantragte und hinzusetzte, wenn sie nicht bis 2 Uhr nachmittags Antwort habe, dann nehme sie an, daß die Zustimmung verweigert sei.

In diesem Eiltempo konnte die Angelegenheit beim besten Willen nicht erledigt werden. Das Betriebsratsgesetz schreibt vor, daß ein gültiger Beschluß des Betriebsrats nur gefaßt werden kann, wenn alle seine Mitglieder unter Mitteilung der Beratungsgegenstände geladen sind. Am 29. Oktober befanden sich aber zwei Betriebsratsmitglieder gar nicht im Betriebe, sie waren an demselben Tage nicht zu erreichen und mußten brieflich in ihrer Wohnung benachrichtigt werden. Die Sitzung des Betriebsrats wurde deshalb auf Montag den 1. November angelegt. Sie hat die Zustimmung zur Entlassung verweigert. Die Firma aber hat diesen Beschluß nicht erst abgewartet, sondern schon am 29. Oktober ihren Antrag auf Erlegung der Zustimmung an das Gewerbegericht gefaßt.

Dieser Antrag wurde am 24. November vor der Kammer 8 verhandelt. Der den Betriebsrat vertretende Sekretär des Metallarbeiterverbandes beantragte die Abweisung des Antrages aus folgenden Gründen: Nach dem Betriebsratsgesetz kann die Firma das Gewerbegericht erst dann anrufen, nachdem der Betriebsrat seine Zustimmung verweigert hat. Der Antrag an das Gewerbegericht ist aber gestellt worden, als der Betriebsrat noch gar nicht die Möglichkeit hatte, zu der Entlassung seines Mitgliedes Stellung zu nehmen, also ist der Antrag unzulässig.

Der Vertreter der Firma meinte dagegen, der Antrag sei zulässig, denn jetzt, am Tage des Termins, liege ja der ablehnende Beschluß des Betriebsrats vor. Uebrigens hätte sich der Betriebsrat noch am 29. Oktober mit der Angelegenheit beschäftigen können, er hätte doch die abwesenden Mitglieder nötigenfalls per Autohelfer holen können. Der Betriebsrat habe also die Angelegenheit absichtlich verschleppt.

Der Vertreter des Beklagten erwiderte darauf: Daß die Firma Rig u. Genest Autofahrten zur Abhaltung von Betriebsratsitzungen bewilligen und bezahlen

werde, das konnte man nach den bisherigen Erfahrungen nicht erwarten.

Das Gericht erkannte auf Abweisung des Antrages der Firma, weil die Voraussetzungen, nämlich die Verweigerung der Entlassung durch den Betriebsrat, zur Zeit der Einreichung des Antrages beim Gericht nicht erfüllt war und von einer Verschleppung der Angelegenheit durch den Betriebsrat keine Rede sein kann.

## Die Kurzarbeiterfürsorge verlängert.

### Bis zum 31. März 1927.

Die Geltungsdauer der Kurzarbeiterfürsorge, die Ende November abläuft, wird, wie wir erfahren, bis zum 31. März 1927 verlängert. Änderungen an den Fürsorgebestimmungen werden nicht vorgenommen.

## Reichskonferenz der Straßenwärter.

Eine Konferenz der Straßenwärter, bei der über 300 Vertreter aus allen Teilen Deutschlands erschienen waren, tagte am letzten Sonnabend und Sonntag in Braunschweig. Der sachlichen Weiterbildung dienen zwei Referate von Baurat Schütte über „Die Erfahrungen mit neuzeitlichen Fahrbahnbestimmungen (unter Berücksichtigung der Automobilverkehrsfrage des Deutschen Straßenbauverbandes Braunschweig)“ und des Gartenbauinspektors Ueber „Betriebsräte, und Unfallversicherungstragen“ sprach West und über den „Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter als Einheitsorganisation aller Arbeitnehmer der öffentlich-rechtlichen Verwaltungen“ Dittmar, Berlin.

Wie Wehner, Hannover in seinem Referat über „Lohn- und Tarifpolitik und Ruheohn“ hervorhob, bestehen völlig unbedeutende unterschiedliche Löhne. Die höchsten Löhne hat Kiel, wo 68 Pf. pro Stunde gezahlt werden, sonst überall sind die Löhne der Landstraßenwärter in ganz Deutschland ungenügend. Wo Ruheohn gewährt wird, sind die Sätze sehr bescheiden. Nimmt man die Invalidentrente hinzu, so kommt man auf ungefähr 60 Proz. des Lohnes; diese Sätze werden aber vielfach nicht erreicht.

Von den 30 000 Straßenwärttern sind jetzt 9000 im Gemeinde- und Staatsarbeiterverband organisiert. Die Konferenz forderte in einer Reihe von Entschliessungen vor allem ausreichenden Tariflohn, Bezahlung der Wochenfeiertage, Durchführung des Schiffsundtages, Zahlung des Lohnes bei Erkrankung, ausreichenden Erholungsurlaub und Schaffung einer ausreichenden Ruheohn- und Hinterbliebenenversorgung.

## Der Streit der Gold- und Silberarbeiter.

In der Versammlung der streikenden Gold- und Silberarbeiter am Mittwoch im Dresdener Garten berichtete Genosse Henschel über die Streiklage. Nachdem zwei der größten Firmen aus der anfangs einheitlichen Unternehmerfront ausgebrochen waren und mit dem Deutschen Metallarbeiterverband Hausarische abgeschlossen hatten, folgten in den nächsten Tagen zwei weitere größere Firmen. Die mit diesen Firmen abgeschlossenen Hausarische sind in einigen Positionen, besonders in der Urlaubsfrage, noch günstiger als die beiden zuerst abgeschlossenen. Ob es mit den anderen Firmen in den nächsten Tagen ebenfalls zu einer Einigung kommen wird, hängt ganz von der weiteren Einstellung der Unternehmer selbst ab.

Die Streikleitung sowohl als die Streikenden sind fest entschlossen, den Kampf nicht eher abzuwehren, bis die noch bestrittenen Firmen zum mindesten ebensoviel Entgegenkommen zeigen wie die Firmen, bei denen durch den Tarifabschluss die Arbeit wieder aufgenommen wurde. Während der Versammlung wurde telephonisch mitgeteilt, daß die noch bestrittenen Firmen zu zentralen Verhandlungen bereit seien, die heute nachmittag stattfinden sollen.

Genosse Henschel richtete an die in Arbeit stehenden den dringenden Appell, die finanzielle Unterstützungsaktion verstärkt weiterzuführen, da noch nicht vorausgesetzt werden könne, ob die Verhandlungen zur Beendigung des Streiks führen werden. Sollte es aber dazu kommen, dann werden die aufgebrachten Gelder den arbeitslosen Branchenangehörigen zu Weihnächten ausgezahlt werden, die trotz langer Entbehrungen den Streikenden nicht in den Rücken gefallen sind. Zu dem Ergebnis der heutigen Verhandlungen werden die Streikenden morgen vormittag 11 Uhr im Verbandshaus der Metallarbeiter Stellung nehmen.

## Eine gewerkschaftliche Heimstätte.

In Hamburg ist am Mittwoch die neue Heimstätte der Freien Gewerkschaften durch einen Festakt feierlich eröffnet worden, nachdem am Dienstag die Schlüsselübergabe erfolgt war. Die Hamburger Gewerkschaftsbewegung hat mit der Eröffnung der neuen Heimstätte ein Werk vollendet, das weit über Hamburgs Grenzen hinaus Bedeutung verdient.

Die Heimstätte ist ein Gasthaus für zugereiste Arbeitnehmer, die in Hamburg Stellung gefunden haben, aber leider bisher nur unter großen Schwierigkeiten in geeigneten Räumlichkeiten untergebracht werden konnten. Die Heimstätte wohnt zwischen den in wenig guten Ruf stehenden Herbergen zur Heimat und den teuren Hotels die mittlere Linie. Sie soll der aus Berufsgründen reisenden Arbeitnehmerschaft ein Heim bieten, in dem sich jeder Gast nach seinen Kulturbedürfnissen wohl fühlen kann. Die Heimstätte ist ein stattlicher Bau in moderner architektonischer Einzelführung. Sie umfaßt 10 Stockwerke und bietet mit 240 Betten in 130 Zimmern für zugereiste Handwerker, Arbeiter und Angestellte angemessene Unterkunftsbedingungen, die durchs modern eingerichtete sind. Dazu kommen alle für einen modernen Gasthausbetrieb erforderlichen Nebenräume und Einrichtungen: Küche, Waschküche, Bad, Schreib-, Les- und Unterhaltungszimmer usw. Die Preise sind so gehalten, daß sie von allen Arbeitnehmerschichten getragen werden können.

Der Bau des Hauses und seine Einrichtung erforderten einen Kostenaufwand von 2 1/2 Millionen Mark, von denen ein wesentlicher Teil durch den Hamburger Senat der Heimstätte als Darlehen zur Verfügung gestellt wurde. Die Heimstätten-gesellschaft ist ein gemeinnütziges Unternehmen, das von allen Arbeitnehmerschichten in Anspruch genommen werden kann.

Der niederländische Bergarbeiterverband beschloß auf seiner letzten in Heerlen stattgefundenen außerordentlichen Tagung einstimmig, ein neues Lohnabkommen auf die Dauer eines Jahres mit einer zeitweiligen Lohnerhöhung auf der Grundlage von Mindestlöhnen zu fordern.

Die Sparkasse der Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten u. G., Berlin, Wallstr. 65, ist täglich mit Ausnahme von Sonnabenden von 9—3 Uhr und 5—7 Uhr, Sonnabenden von 9—1 Uhr geöffnet.

## Aus der Partei.

### Gustav Lehmann gestorben.

In Karlsruhe ist im Alter von 71 Jahren Genosse Gustav Lehmann gestorben, der lange Jahre badischer Landtagsabgeordneter und von 1907 bis 1912 auch Mitglied des Reichstags war. Lehmann war ursprünglich Möbelhändler. 1890 trat er in die Redaktion unseres Dortmund-Parteiblattes ein. Seit 1899 wirkte er als Akquisiteur an der Mannheimer „Volksstimme“. Im Reichstag vertrat er den Wahlkreis Wiesbaden. Seit 1923 hatte er sich zur Ruhe setzen müssen.

Verantwortlich für Politik: Dr. Carl Geiger; Wirtschaft: Erwin Salzenberg; Gewerkschaftsbewegung: Friedr. Calster; Anwaltschaft: R. H. Böcher; Kolonial und Sonstiges: Erik Kerschbatter; Anzeigen: H. Glöck; Schriftlich in Berlin: Berlin: Hermann-Berlin G. m. b. H., Berlin. Druck: Hermann-Berlin-Verlag und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW 68, Lindenstraße 2.

Teiltahlungs! Frische, junge Fett-  
Bettwäsche, Decken, Gäuse (1.10  
Gardinen, Tapeten, allererste Qualität  
klein klein, sehr billig, Wegener, Berlin SO  
nach oder Karte, Mariannenstraße 34.  
Matzner, Elbinger Str. 47

Schenkt  
Bücher zu jedem  
Fest!

J. H. W. Dietz Nachf., G. m. b. H.  
Lindenstraße 2

Adolf Hoffmann  
Episoden und  
Zwischenrufe  
aus der Parlaments- und  
Ministerzeit.  
Preis 1 Mark. Porto 5 Pfennig.  
Vorrätig  
in allen Vorwärts-  
Ausgabestellen.

# Der vorteilhafte FREITAG bei

An jedem Freitag besonders  
günstige Angebote, dazu meine preis-  
werten Reste und Einzelpaare

Am 26. Nov. Reinwill. Poplin  
in 12 Farben  
schwarz und  
marine  
90 cm breit 3.25

Halbseldener  
Krepp-Marocain  
mit eleganten  
Mustern be-  
druckt  
90 cm breit.. 5.60

# C O R D S

DAS HAUS DER GUTEN QUALITÄTEN  
Leipziger-Ecke Charlottenstrasse